

OFFENBACH

aktuell

CDU OFFENBACH | AUSGABE 2 – FRÜHJAHR 2023



Liebe Offenbacherinnen,
liebe Offenbacher,

mit der zweiten Ausgabe unseres Magazins „Offenbach aktuell“ bieten wir Ihnen wieder viele Informationen über die CDU Offenbach und die CDU-Stadtverordnetenfraktion. Der Fokus unserer politischen Arbeit ist in diesem Jahr selbstverständlich auf die Landtags- und die Oberbürgermeisterwahl gerichtet. Daher werden wir Ihnen in dieser Ausgabe Kim-Sarah Speer, die sich um das Offenbacher Direktmandat im Hessischen Landtag bewirbt, näher vorstellen. Ebenso gibt es eine Vorstellung von mir als Kandidat für das Amt des Oberbürgermeisters der Stadt Offenbach. In den nächsten Wochen und Monaten wird es hinreichend Gelegenheit geben, Kim-Sarah Speer und mich auch persönlich kennenzulernen. Wir werden bei zahlreichen Veranstaltungen und Aktivitäten in unserer Heimatstadt präsent und „nah bei de Leut“ sein. Ich möchte auch darauf hinweisen, dass wir mit Stefan Grüttner wieder einen Landtagsabgeordneten in unseren Reihen haben. Er ist in den Hessischen Landtag zurückgekehrt und wird unsere Offenbacher Interessen dort bis zum Ende der Legislaturperiode vertreten.

Gerne möchten wir von Ihnen wissen, was Ihre Anliegen an die Politik auf kommunaler und auf Landesebene sind. Deshalb möchten wir dazu anregen, uns Ihre Meinung mitzuteilen, denn nur so können wir wissen, was Offenbach wirklich bewegt. Sprechen Sie uns an, schreiben Sie uns, laden Sie uns ein. Nehmen Sie so an der politischen Arbeit der CDU Offenbach teil. Wir freuen uns auf Ihre Meinung.

Ihr

Andreas Bruszynski
Kreisvorsitzender der CDU Offenbach



Foto mit unserem Ministerpräsidenten Boris Rhein - das Foto entstand beim Schwarzbieranstich in Obertshausen

Besuchen Sie
uns auf unserer
Website:



Unsere Landtagskandidatin: Kim-Sarah Speer

Der Vorstand der CDU-Bieber ist stolz, denn die CDU-Landtagskandidatin unseres Wahlkreises, Kim-Sarah Speer, entstammt dem Stadtbezirksverband Bieber. Sie ist seit 2015 im Vorstand der CDU-Bieber aktiv – seit 2021 als stellvertretende Vorsitzende. Die 29-jährige arbeitet als Referentin des hessischen CDU-Generalsekretärs in Wiesbaden. Sie ist Stadtverordnete im Offenbacher Stadtparlament, stellvertretende CDU-Kreisvorsitzende, JU-Kreisvorsitzende und JU- sowie CDU-Landesvorstandsmitglied.



Unsere Landtagskandidatin kommt aus Bieber – Kim-Sarah Speer

Wir garantieren Kim-Sarah Speer unsere volle Unterstützung bei Ihrer Kandidatur als Landtagskandidatin und wünschen Ihr viel Erfolg.

Frühlingsgrillen

In diesem Jahr veranstalten wir am Freitag, den 5. Mai 2023, am Ostendplatz für unsere Mitglieder sowie Bürgerinnen und Bürger wieder unser traditionelles Frühlingsgrillen. Wir laden Sie herzlich zu Getränken und Grillwürstchen ein. Los geht es um 17 Uhr und das Ende ist gegen 20 Uhr vorgesehen. Kommen Sie mit uns ins Gespräch und teilen Sie mit uns Ihre Ideen, Fragen oder Ihre Kritik. Wir freuen uns auf Sie!

Bieber Nord

Nach dreißig Jahren haben wir es geschafft – Bieber-Nord wird endlich bebaut. Allerdings haben wir vor Längerem schon den fehlenden befestigten Fußweg bemängelt, der an der Dietesheimer Straße am Friedhofszaun entlangführen soll. Es fehlt nicht nur ein sicherer Weg für die Besucherinnen und Besucher des Friedhofes, sondern auch für die Schülerinnen und Schüler der neuen Schule, die gegenüber vom Friedhof entsteht. Nach unserer entsprechenden Pressemitteilung hat man uns zugesichert, dass am Ende der Bauarbeiten dort der Gehweg errichtet wird und somit auch das widerrechtliche Parken ein Ende hat.



Heringssessen der CDU Bieber im Waldeck am Aschermittwoch

Heringssessen der CDU Bieber

Nach einer langen, durch Corona bedingten Auszeit konnten wir dieses Jahr am Aschermittwoch wieder das traditionelle Heringssessen in unserem Stammrestaurant „Zum Waldeck“ veranstalten. In einem kleinen Kreis, an dem auch Nicht-Mitglieder teilnahmen, ließen wir uns den Hering schmecken. Begrüßen durften wir auch unseren OB-Kandidaten Andreas Bruszynski, mit dem wir uns zu verschiedenen politischen Themen austauschten.



„CDU hört zu“

Unsere beliebte Veranstaltungs-Reihe „CDU hört zu“ findet auch in diesem Jahr wieder statt. Immer am letzten Freitagnachmittag im Monat laden wir interessierte Bürgerinnen und Bürger zu einem lockeren Gespräch in eine Bieberer Lokalität ein. Zu unserer Februar-Veranstaltung hatten wir zudem unsere Landtagskandidatin Kim-Sarah Speer eingeladen. In der Januar-Veranstaltung war Andreas Bruszynski, der OB-Kandidat der CDU, unser Gast. Zu beiden Veranstaltungen kamen Bürger(innen), die Fragen an unsere Kandidaten stellten.



Im Café Creme in Bieber bei unserem Gespräch „CDU hört zu“

Kalte Dusche statt kühlen Nass

Das politische Trauerspiel um den Schultheis-Weiher kennt nur Verlierer. Bürger und Umwelt werden zum Spielball der Offenbacher Ampel-Koalition.

Offenbach ist eine junge Stadt. Besonders viele Familien/Kinder leben in den Stadtteilen Bürgel, Rumpenheim und Waldheim. Um für Familien weiterhin attraktiv zu sein/bleiben bedarf es Möglichkeiten zur Naherholung, wie etwa Badestätten, wo sich Familien erholen, Kinder schwimmen lernen und Offenbacher sich an heißen Tagen abkühlen können.

Der Schultheis-Weiher in Bürgel ist eine – von nur zwei Bademöglichkeiten – in der Großstadt Offenbach. Der CDU Stadtbezirksverband Rumpenheim-Bürgel-Waldheim, unter Führung des Vorsitzenden Tobias Männche, setzt sich schon seit Jahren für den Wiederaufbau bzw. den Erhalt dieses wichtigen Stückes Lebensqualität ein. Leider machen sowohl die Offenbacher Koalitionsparteien als auch die stetig wiederkehrenden Blaualgen dem erhofften und lang ersehnten Badevergnügen immer wieder einen Strich durch die Rechnung.

Im Frühjahr 2022 wurde der Offenbacher Verwaltung für über 550.000 Euro eine Phosphatbeseitigungsanlage installiert, die die Wasserqualität verbessern und in diesem Sommer den Schwimmbetrieb möglichst sicherstellen sollte – leider ohne langen andauernden Erfolg. Im Juli wurde bereits wieder ein Badeverbot ausgesprochen. Auch wenn für eine stabile Verbesserung der Wasserqualität eventuell längere Laufzeiten der Anlage nötig sind, so kann dies nicht die abschließende, alleinige Lösung sein. „Die Phosphat-Elimination gilt als Mosaik – nicht als Schlussstein,“ hieß es seinerzeit bei den Planungen. Dementsprechend erwarten die Christdemokraten weitere Maßnahmen zur Verbesserung der Wasserqualität des Schultheis-Weiher vom Magistrat, um nicht weitere Jahre auf den Badesee verzichten zu müssen.

„Die armselige Situation des Schultheis-Weiher spiegelt das Unvermögen der Offenbacher Ampel-Politik wider! Wir wollen endlich Erfolge sehen! Ein Konzept für eine funktionierende, anhaltende und nachhaltige Lösung muss her!“, fordert Tobias Männche. „Die Stadtteile Bürgel, Rumpenheim und Waldheim, besonders die dort ansässigen Familien und deren Bedürfnisse dürfen nicht länger von der derzeitigen Koalition ignoriert werden!“





Neues aus dem Westen

Im Stadtbezirksverband West wird es in diesem Jahr Neues geben, denn aus unserem Stadtbezirksverband kandidiert der CDU-Kreisvorsitzende Andreas Bruszynski für das Amt des Oberbürgermeisters der Stadt Offenbach. Andreas Bruszynski hat über 10 Jahre den Stadtbezirksverband Mitte und später West als Vorsitzender geführt und ist im Bezirk natürlich besonders verwurzelt. Er ist im Nordend aufgewachsen, zur Schule gegangen und hat lange dort gelebt. Jetzt wollen wir ihn auch dabei unterstützen, diese Kandidatur erfolgreich zu gestalten. Deshalb wird der Schwerpunkt unserer Arbeit in den Wahlkämpfen zur Oberbürgermeister- und Landtagswahl gleichermaßen liegen. Andreas Bruszynski wird sich in unserem Stadtbezirksverband mit mehreren Diskussionsveranstaltungen und Infoständen an Sie wenden, um von Ihnen die Themen zu erfahren, die Ihnen besonders wichtig sind. Informieren Sie sich und diskutieren Sie mit. Lernen Sie unseren Kandidaten zur Oberbürgermeisterwahl 2023 bei einer Veranstaltung im Stadtbezirksverband West kennen.

Das Gesellige soll aber auch nicht zu kurz kommen. Unser Friedrichsweiherfest im vergangenen Jahr war ein toller Erfolg und viele Bürgerinnen und Bürger haben mich schon darauf angesprochen, dies zu wiederholen. Wenn die geplanten Sanierungsarbeiten am Friedrichsweiher eine Veranstaltung zulassen, werden wir dort selbstverständlich wieder ein buntes Programm wie im letzten Jahr anbieten. Wichtig ist hier, dass die Menschen im Quartier zusammenkommen und sich kennenlernen. Politik steht dabei ausnahmsweise nicht im Vordergrund. Ebenso wie bei unserem Adventskaffee für Seniorinnen und Senioren im vergangenen Jahr im Gemeindesaal St. Paul.

Ihre
Zacharoula Bellou
 Vorsitzende des Stadtbezirksverbandes West

Adventskaffee im Gemeindesaal St. Paul wurde gut angenommen

Eingeladen hatte die Vorsitzende des CDU-Stadtbezirksverbandes West Zacharoula Bellou zum Adventskaffee im Gemeindesaal St. Paul. Viele, aber nicht nur Seniorinnen und Senioren, waren der Einladung gefolgt. Kaffee, Kuchen, Plätzchen und Glühwein konnten dank Sponsoren kostenfrei angeboten werden. Für die musikalische Unterhaltung sorgte Conny Ißler & Freunde und auch der Nikolaus (Andy Bohn) schaute vorbei. Zacharoula Bellou freut sich, dass die Veranstaltung zum 2. Advent so gut besucht war. „Alle waren mit viel Spaß dabei. Weihnachtslieder und Schlager wurden begeistert mitgesungen“. Eine Seniorin hatte sich sehr persönlich dafür bedankt, den 2. Advent nicht allein verbringen zu müssen. „Genau das war der Plan“, resümiert Bellou, der die Einsamkeit vieler älterer Menschen bewusst ist. „Viele Seniorinnen und Senioren leiden darunter allein zu sein. Häufig ist die Partnerin oder Partner verstorben und es bestehen gesundheitliche Beeinträchtigungen, die es erschweren, am sozialen Leben teilzuhaben. In unserer Leistungsgesellschaft wird das leider häufig übersehen. Deshalb freue ich mich, mit unserer Veranstaltung einen kleinen Beitrag geleistet zu haben. Gerne werden wir auch im kommenden Jahr in der Adventszeit wieder eine Veranstaltung für die Seniorinnen und Senioren im Stadtbezirk organisieren. Einen großen Dank an die Sponsoren, die das ermöglicht haben“, betont Bellou abschließend.



Hoher Besuch beim Adventskaffee

Quo vadis Schulpolitik in Offenbach – eine Herausforderung für die Zukunft

Eine kritische Auseinandersetzung mit der Schulpolitik der „Offenbacher Koalition“ von Michaela Makosz

Offenbach, eine Stadt mit über 130.000 Einwohnern, fünfzehn Grundschulen, sechs Integrierten Gesamtschulen, drei Gymnasien, drei Beruflichen Schulen und drei Förderschulen steht vor großen Herausforderungen in der Schulpolitik. Der wachsende Bedarf an Schulplätzen, die Anpassung an die sich verändernden Bedürfnisse des Bildungssystems und die Integration von Inklusion und Diversität,

unterstützt werden, ist die Fortschreibung und Aktualisierung des Schulentwicklungsplans unerlässlich. Der Schulträger hat dabei eine zentrale Rolle. Es liegt in seiner Verantwortung, die erforderlichen Ressourcen, einschließlich Finanzen und Infrastruktur bereitzustellen, um die Umsetzung des Schulentwicklungsplans zu unterstützen. Durch regelmäßige Aktualisierung und Überprüfung kann der Schulträger sicherstellen, dass die Schulgebäude den sich verändernden Anforderungen des Bildungssystems gerecht werden und die Schüler*innen optimal unterstützt werden.

volle Schulpolitik benötigten Daten liegen nicht vor.

Dafür hat die Koalition vor kurzem beschlossen, den Orientierungsrahmen für Bildungsentwicklung fortzuschreiben. Wie der Name schon sagt, handelt es sich dabei nur um einen Orientierungsrahmen, der im Vergleich zum Schulentwicklungsplan nur sehr oberflächliche Daten und Fakten liefert, die für eine verantwortungsvolle Bildungspolitik unzureichend sind. Aber die Koalition lässt sich für einen weiteren sinnlosen Antrag feiern, der nur eine Mehrarbeit für die Verwaltung bedeutet.



Neubau der Grundschule an der IGS Lindenfeld

Ganztagsbetreuung sowie Digitalisierung erfordern eine kluge und vorausschauende Schulpolitik, die leider bei der jetzigen regierenden Ampelkoalition im Offenbacher Rathaus nicht zu erkennen ist.

Ein wichtiges strategisches Instrument zur langfristigen Planung und Entwicklung der Schulen ist der Schulentwicklungsplan. Er ermöglicht es den Schulen, ihre Ziele und Strategien zu definieren und die erforderlichen Ressourcen zur Umsetzung dieser Ziele zu planen und zu steuern.

Unsere Schulen müssen sich ständig den sich verändernden Anforderungen des Bildungssystems anpassen. Um sicherzustellen, dass Schulen langfristig erfolgreich sind und Schüler*innen optimal

In Offenbach arbeiten wir aber mit einem Schulentwicklungsplan, der auf Daten aus dem Jahr 2017 basiert. Die meisten Informationen daraus sind nicht mehr aktuell bzw. sogar falsch. Ein Antrag der CDU-Fraktion auf eine Aktualisierung des Schulentwicklungsplans, um zuverlässige und umfassende Zahlen und Daten für eine verantwortungsvolle Schulpolitik in Offenbach zu erhalten, hat die regierende Koalition abgelehnt. Der Bildungsdezernent (FDP) gestaltet die Schulpolitik in einem Vakuum und nicht auf den sich wandelnden Bedürfnissen des Bildungssystems basierend und kann sich somit den Anforderungen der Zukunft nicht stellen. Es werden immer wieder Daten verändert und ergänzt, aber eine zusammenhängende Übersicht über sämtliche für eine sinn-

Ein Bereich des Schulentwicklungsplans ist die Bereitstellung der notwendigen Infrastruktur und die Investitionen in die Schulbauten.

Als zentraler Akteur bei der Gestaltung moderner und zweckmäßiger Schulbauten fungiert der Schulträger. Dieser hat die Verantwortung, den Bau und die Sanierung von Schulgebäuden zu planen, zu finanzieren und umzusetzen. Die Aufgaben des Schulträgers sind dabei vielfältig und umfassen sowohl infrastrukturelle als auch pädagogische Aspekte, die flexible Raumkonzepte beinhalten, die eine Anpassung an unterschiedliche Lern- und Arbeitsformen ermöglichen.

Neben der Planung und Umsetzung von Baumaßnahmen hat der Schulträger auch die Aufgabe, die Gebäude in einem guten Zustand zu halten und dafür zu sorgen, dass sie den aktuellen Sicherheits- und Brandschutzvorschriften entsprechen. Auch die Barrierefreiheit von Schulgebäuden ist ein wichtiger Aspekt, der bei der Planung und Umsetzung von Baumaßnahmen zu berücksichtigen ist.

Finanzielle Aspekte spielen bei der Planung und Umsetzung von Schulbaumaßnahmen eine wichtige Rolle. Der Schulträger ist für

die Finanzierung der Baumaßnahmen zuständig und muss sicherstellen, dass die zur Verfügung stehenden Mittel effektiv und effizient eingesetzt werden. Hierbei sind auch die langfristigen Folgekosten zu berücksichtigen, die bei der Auswahl von Materialien und der technischen Ausstattung der Schulgebäude eine Rolle spielen.

Ja, die Finanzen! Auch in diesem Punkt versagt die Offenbacher Regierungskoalition. Bei sämtlichen Schulneubauten und Sanierungen von bestehenden Schulen explodieren die Kosten, z. B. Bei den Sanierungen der Edith-Stein-Schule, der Geschwister-Scholl-Schule und den Neubauten der Grundschule an der IGS Lindenfeld und in Bieber. Obwohl eine Kostensteigerung in der ursprünglichen Planung berücksichtigt wird, müssen trotzdem Anträge für die Stadtverordnetenversammlung zur Genehmigung der teilweise erheblich gestiegenen Kosten gestellt werden. Eine Kostensteigerung um 10. Mio. wie bei der Sanierung der Geschwister-Scholl-Schule sind keine Seltenheit. Dazu kommen neben der schlecht durchdachten Finanzierung, auch die ständigen Verzögerungen am Bau. So wurde z. B. der Baubeginn des JETZT dringend benötigten Gymnasiums verschoben. Die benötigten Schulplätze für die Gymnasialkinder werden in der baufälligen ehemaligen Fröbelschule geschaffen. Hierzu müssten schnell Gelder zur Verfügung gestellt werden, um einige Räume notdürftig herzurichten, damit nach den Sommerferien zunächst drei Klassen dort unterrichtet werden können. Auch hier sind die tatsächlich anfallenden Kosten noch nicht absehbar und eine Nutzung des Gebäudes nach dem Wegzug der Klassen nicht geklärt.

Solch fehlgeleitete Planung belastet nicht nur dauernd den Offenbacher Haushalt, sondern verfehlt auch die Ziele einer zukunftsfähigen und erfolgreichen Schulpolitik. Die Koalition ist allerdings stolz auf ihre Politik, weil sie neue Schulplätze schafft und jedes Kind die gewünschte Schule besuchen könne, aber die eigentlichen Herausforderungen verkennt sie. Dies führt zu einer schlechteren Bildungsqualität und einer Benachteiligung der Schüler*innen.

Dafür stellt die regierende Koalition den Antrag, zu prüfen, wo es in Offenbach Möglichkeiten für einen Outdoor-Unterricht gibt. Jede Offenbacher Schule kann uns eine Liste mit Möglichkeit von Ausflügen und eines Unterrichts im Freien vorlegen. Mit solch trivialen und unnötigen Anträgen wird die Wichtigkeit einer zukunftsfähigen Schulpolitik verfehlt.

Ein weiteres wichtiges Thema in der Schulpolitik ist die Integration von Inklusion und Diversität. Offenbach, eine Stadt mit einem hohen Anteil an Einwanderern und Menschen mit Migrationshintergrund, muss sicherstellen, dass alle Schülerinnen und Schüler – unabhängig von ihrer Herkunft und ihrer Sprache bzw. ihrer Fähigkeiten – Zugang zu Bildung haben. In diesem Zusammenhang ist es erfreulich, dass die Stadt Offenbach in den letzten Jahren verschiedene Projekte und Maßnahmen umgesetzt hat, um die Integration von Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund und mit besonderen Bedürfnissen zu fördern. Das geschah allerdings mit Unterstützung des Landes Hessen. Dies trifft auch auf den Ausbau von Bildungsangeboten für den Ganztagsbereich zu. Allerdings fehlt noch ein tragfähiges Konzept für den Rechtsanspruch auf Ganzttag, der ab 2025 gelten soll.

Auch der Vorschlag der CDU, Förderungsschwerpunkte an den verschiedenen Schulstandorten zu bündeln, um den Schulen die Möglichkeit zu geben, sich auf einen einzelnen Bereich/individuelle Bereiche zu „spezialisieren“ um den Schüler*innen die besten Fördermöglichkeiten zu bieten, fand bei der Koalition keine Beachtung.

Insgesamt bleibt festzuhalten, dass die Offenbacher Regierungskoalition es nicht verstanden hat, die Qualität der Bildung in unseren Schulen kontinuierlich zu verbessern. Der Schulträger hat die Aufgabe, moderne Schulbauten zu errichten, die den aktuellen pädagogischen Herausforderungen gerecht werden und auf einer soliden Planung basieren und somit finanzierbar sind. Die Investitionen in die schulische Infrastruktur sind für mich die größte Baustelle in Offenbach. Lei-

der steht uns Stadtverordneten keine Übersicht über die getätigten Investitionen, über den Fortschritt der Investitionen, über die bereits abgeschlossenen Investitionen und über einen aktuellen und zukünftigen Raum- und Finanzierungsbedarf an Schulen. Somit stochern wir oft im Dunkel und müssen uns notfalls die notwendigen Informationen, um eine sinnvolle Entscheidung treffen zu können, von unterschiedlichen dritten Stellen einholen. Vor einem Jahr hat die CDU deshalb einen regelmäßigen Statusbericht über die Einhaltung von zeitlichen, baulichen und finanziellen Planungsvorhaben sowie von Folgen einer eventuellen Nichteinhaltung der Vorhaben gefordert. Darauf warten wir noch heute!

Eine fehlgeleitete Planung, keine zusammenfassende Übersicht über die nötigen Daten und Vorhaben führt zu einer Verschlechterung der Bildungsqualität und trägt zu einer weiteren Segregation bei. Es ist höchste Zeit, dass die politischen Entscheidungsträger in Offenbach die Notwendigkeit einer dringenden Verbesserung der Schulpolitik erkennen und entsprechend handeln. Eine gute Bildungspolitik spielt eine entscheidende Rolle für die Zukunft der Gesellschaft und Investitionen in Bildung zahlen sich langfristig aus. Die Regierung muss die Bedürfnisse von Schüler*innen und Lehrkräften ernst nehmen und eine umfassende Reform der Schulpolitik durchführen, um eine bessere Bildungsqualität und Chancengleichheit zu erreichen und eine Bindung der Lehrkräfte an den Standort Offenbach zu gewährleisten.

Insgesamt kann eine regelmäßige Fortschreibung des Schulentwicklungsplans dazu beitragen, dass Schulen langfristig erfolgreich sind und den Bedürfnissen und Anforderungen ihrer Schüler*innen sowie des Bildungssystems gerecht werden. In dem Schulträger, Schulleitung, Lehrkräfte, Schüler*innen, Eltern und externe Partner gemeinsam an der Entwicklung des Schulentwicklungsplans arbeiten, kann sichergestellt werden, dass unsere Schulen für die Zukunft gerüstet sind und die Schüler*innen bestmöglich auf ihr Leben und ihre Karriere vorbereiten.



Höher, weiter, kaltblütiger? Kein Olympia für Russlands Kriegspropaganda!

Das Internationale Olympische Komitee (IOC) diskutiert unter Leitung seines deutschen Präsidenten Thomas Bach die Rückkehr russischer und belarussischer Athleten zu den Olympischen Spielen. Anlässlich dieser Pläne rief die Junge Union Hessen am 10. Februar zu einer Mahnwache vor der Zentrale des Deutschen Olympischen Sportbunds (DOSB) in Frankfurt auf.

Zum Gedenken an die im Krieg gefallen ukrainischen Athleten legten die Junge Union 200 Tulpen vor der DOSB-Zentrale nieder. Gleichzeitig machen wir deutlich, dass wir uns dafür schämen, dass dieser Plan vom DOSB als Vertretung des deutschen Sports mitgetragen wird. „Putins Regime will die Welt und die eigene Bevölkerung Glauben machen, es sei unverzichtbar. Genau dieses Propagandanarrativ bedient das IOC mit seinem Vorschlag. Es ist vor allem auch ein Zeichen der mangelnden Solidarität gegenüber der Ukraine. Wie sollen ukrainische Athleten allen Ernstes in Freundschaft und Respekt – um Werte der olympischen Charta zu zitieren – bei den nächsten Spielen gegen russische Athleten antreten, während noch immer Bomben auf ukrainische Städte fallen“, fragt Kim-Sarah Speer; Referentin für Inneres und Sport der Jungen Union Hessen sowie Kreisvorsitzende der Jungen Union Offenbach.

Auch ein Jahr seit Beginn des russischen Angriffskriegs steht für uns fest: Unseren Freunden in der Ukraine gilt unsere ganze Solidarität. Diplomatisch, politisch, wirtschaftlich und militä-



risch müssen alle Register gezogen werden, um Vladimir Putin und seine Kriegstreiber zu stoppen.

Kim-Sarah Speer bleibt Kreisvorsitzende der Jungen Union Offenbach

„Weiterhin führe ich den Kreisverband sehr gerne. Neben meiner Kandidatur für den Hessischen Landtag – möchte ich meine Wurzeln bei der Jungen Union nicht aus den Augen verlieren. Ich liebe die Arbeit vor Ort und für unser Offenbach“, so die Kreisvorsitzende der Jungen Union Offenbach Kim-Sarah Speer. Bei der Mitgliederversammlung wurde Kim-Sarah Speer einstimmig wiedergewählt. Auch der stellvertretende Kreisvorsitzende Kevin Schmidt wurde in seinem Amt bestätigt. Der Vorstand wird komplettiert durch den Kreisschatzmeister Tobias Grün und die Mitgliederbeauftragte Anna Carlotta Schmitz. Als Beisitzerinnen sind Antonia Balas, Emilia Schmitz, Jonas Heberer, Jakob Gegenwart und Michelle Waismann gewählt worden.“ Dieses Jahr werfen große Ereignisse ihre Schatten voraus. Sowohl die Landtagswahl am 08. Oktober und die Oberbürgermeisterwahl stehen in Offenbach an. Als JU-Kandidatin und JU-Kreisvorsitzende freue ich mich unsere Junge Union in den Wahlkampf zu führen und wir möchten gemeinsam gestalten, anpacken und einen motivierten Wahlkampf führen“, so Kim-Sarah Speer abschließend.

Kim-Sarah Speer ist seit Januar 2020 JU-Kreisvorsitzende in Offenbach.



Kein ausreichender Platz für die Unterbringung von Flüchtlingen, überforderte Strukturen innerhalb der Kommunen, Ehrenamtliche an der Belastungsgrenze und nicht genug Geld für die Wohnkosten für anerkannte Flüchtlinge.

Auf die Migrationspolitik von Nancy Faeser können die Kommunen nur noch mit einem Brandbrief antworten. „Wir brauchen einen geordneten Prozess, damit wir das Schutzversprechen unseres Staates aufrechterhalten können“, betont unsere Referentin für Inneres und Sport Kim-Sarah Speer.



SU-Veranstaltung
„Keine Chance für
Betrüger“ mit zahlrei-
chen interessierten
Gästen

„Keine Chance für Betrüger“

Mit einer sehr interessanten Veranstaltung zum Thema “Keine Chance für Betrüger“ startete die Senioren Union ins neue Jahr. Betrugsfälle, bei denen Senioren im Fokus der Täter stehen, nehmen stetig zu und werden immer vielfältiger. Um Hilfestellung beim Schutz vor solchen Szenarien zu bieten und gleichzeitig über die Vorgehensweise der Täter zu informieren, begrüßten wir als Gast Polizeihauptkommissar, Joachim Göhlert, von der kriminalpolizeilichen Beratungsstelle des Polizeipräsidiums Südosthessen. In einem fast zweistündigen Vortrag wurden wir ausführlich informiert und die Zuhörer konnten ihre persönlichen Fragen stellen. Ein gelungener Auftakt mit zahlreichen interessierten Gästen.

In den kommenden Wochen und Monaten werden natürlich die OB Wahl in Offenbach sowie die Landtagswahlen mehr und mehr unsere Aktivitäten prägen. Über den Landesvorstand erarbeiten wir aktuell für das Wahlprogramm die Forderungen der Senioren Union. Die SU Offenbach setzt sich hier verstärkt für das Thema Sicherheit, sowohl im öffentlichen Raum als auch im häuslichen Bereich ein. Zum Thema Mobilität haben wir die Forderung gestellt, das 49,-EUR Ticket nicht nur digital zur Verfügung zu stellen, sondern auch an den üblichen Verkaufsstellen anzubieten. Außerdem möchten wir erreichen, das Ticket nicht nur im Abonnement mit Kündigungsfrist, sondern auch als Monatsfahrkarte anzubieten.

Wenn man die Mobilitätswende vorantreiben will, müssen alle Bürger gleichermaßen einen unkomplizierten, ihren Bedürfnissen entsprechenden Zugang zu den jeweiligen Angeboten haben. Außer politischen Themen soll selbstverständlich das gesellige Beisammensein nicht zu kurz kommen. Wir freuen uns auf gemeinsame Unternehmungen und hoffen viele Mitglieder und Gäste zu begrüßen. Bis dahin wünschen wir eine schöne Zeit und ein frohes Osterfest.

Ihre

Ellen Glaesner



bach, vertreten auf der Bühne durch Kreishandwerksmeister Dennis Kern, füllten den Saal mit ihren Kontaktpersonen. So waren am Ende ca. 60 Personen zu Gast bei diesem Vortrag samt Podiumsdiskussion.

Der Vorstandsvorsitzende der EVO AG, Herr Dr. Meier, erklärte die aktuelle Marktlage im Energiesektor und die Thematik der Speicherkapazitäten in Deutschland. Auch die Bereiche LNG-Terminals, Einsparungspotentiale im privaten und wirtschaftlichen Bereich, sowie nicht zuletzt auch das Wetter mit den Auswirkungen der Temperatursituation wurden besprochen.

Auch ein Ausblick auf die Entwicklung dieses Marktes der nächsten Jahre war Teil des Vortrags von Dr. Meier.

Im Anschluss folgte eine interessante Diskussion zwischen den Zuhörern und Fachleuten zu Maßnahmen und Möglichkeiten der Einsparung im Energiesektor. Moderiert wurde der Abend vom Vorsitzenden der MIT OF-Stadt Marc Oliver Junker.

Die aktuelle Problematik der Energieversorgung – ist die Versorgung der Bürger und Unternehmen in Stadt und Kreis noch sicher?

Am Nikolausabend, den 6. Dezember 2022, lud die Energieversorgung Offenbach, die CDU Offenbach gemeinsam mit der Kreishandwerkerschaft Stadt und Kreis Offen-

bach am Main, in die alte Schlosserei auf das Werksgelände der EVO ein. Die MIT-Verbände aus Offenbach-Stadt und Offenbach Land sowie die Kreishandwerkerschaft Offen-



Besuch bei der Firma Sperrholz-Beck GmbH

Die MIT Offenbach bedankt sich bei der Firma Sperrholz Beck für die tolle und interessante Betriebsbesichtigung. Ganz besonderen Dank an Marc Oliver Junker (Vorsitzender der MIT und Ersatzkandi-

dat bei der Landtagswahl) für die Führung durch den Betrieb. Unser OB-Kandidat Andreas Bruszynski freute sich auch über den informativen Austausch.





Dominik Mangelmann



Anja Fröhlich



Roland Walter



Andreas Bruszynski



Christel Reichenbach



Marc Oliver Junker



Zacharoula Bellou



Neues aus Offenbach und der CDU-Fraktion

Schön, dass Sie sich für die Arbeit der CDU-Fraktion interessieren. Wir sind eine konstruktive Opposition und tragen viele Entscheidungen mit, egal wer die Anträge dafür stellt. Es gibt aber Woche für Woche viel zu viele Vorlagen, die beim besten Willen nicht zustimmungsfähig sind, gleichzeitig werden sehr gut fachlich begründete Anträge der CDU „aus Prinzip“ von der Ampel-Koalition abgelehnt. An dieser Stelle möchten wir Ihnen ein paar wenige Beispiele präsentieren.

Das Trauerspiel um die sanierungsbedürftige **Trauerhalle am Neuen Friedhof** ist ein Negativbeispiel, wie in Offenbach immer wieder Steuergelder verschwendet werden. Anstelle eines modernen Neubaus mit modernen Arbeitsbedingungen für die Friedhofsmitarbeiter, mit geringeren Unterhaltskosten und variablen Bestattungsmöglichkeiten, so wie wir es ursprünglich in der Stadtverordnetenversammlung beschlossen haben, wird es jetzt eine Pfuschlösung geben.

„Instandsetzung der Trauerhalle zur Erhaltung der derzeitigen Funktion“ nennt sich das Projekt. Der Begriff „Sanierung“ wird wohl bewusst nicht gewählt, weil die entsprechenden qualitativen Maßstäbe nicht erreicht werden. Mehr als oberflächliche Kosmetik wird nicht durchgeführt.



Bericht der Offenbach-Post zum Stopp der Ursprungsplanung

Antrag zur Umplanung mit Präsentation



Diese Pfuschlösung kostet mindestens genauso viel wie ein Neubau. Zudem sind die jährlichen Unterhaltskosten nach der sogenannten „Instandsetzung“ höher als beim Neubau. Die Arbeitsbedingungen werden sich nicht wesentlich verbessern, diese sind jetzt schon unzumutbar. Darüber hinaus werden wesentliche marode Gebäudeteile gar nicht erst angepackt; weitere erhebliche Schäden in den kommenden Jahren sind vorprogrammiert.

Stellen Sie sich also bitte auf eine teure Dauerbaustelle ein. Aber an der finanziellen Situation Offenbachs sind ja immer „die anderen“ Schuld.

Die Planungen des Magistrats zum **Offenbacher Hauptbahnhof** ähneln eher einer Komödie. Leider einer kostenintensiven Komödie. Der Zustand des Empfangsgebäudes bedarf einer deutlichen Aufwertung – das ist unstrittig. Auf welchem Weg dies erreicht werden kann, darüber gehen die Vorstellungen auseinander.

Der Magistrat legte den Stadtverordneten einen Antrag vor – mit umfangreichen Ausarbeitungen zur Umgestaltung und zur zukünftigen Nutzung des Gebäudes. Doch die Stadt Offenbach ist gar nicht Eigentümerin des Empfangsgebäudes des Offenbacher Hauptbahnhofs! Grundlage für alle Planungen sind doch die Eigentumsverhältnisse. Sollte seitens der Deutschen Bahn AG keine Bereitschaft zum Verkauf oder zur Verpachtung der Immobilie bestehen, sind alle diesbezüglichen Zukunftsvorstellungen der Stadt Offenbach und der Initiative Hauptbahnhof zunichte.

Die CDU-Fraktion 2022 in Zahlen:

In 9 Stadtverordnetenversammlungen wurden von uns 71 Reden gehalten und wir haben 47 Anträge gestellt.

46 Ausschuss-Sitzungen fanden statt und ebenso viele Fraktions-Arbeitskreissitzungen haben wir abgehalten. Rund 2300 Minuten haben wir in unseren Fraktionssitzungen verbracht.

Es wurden 61 Pressemitteilungen von uns verfasst. Dabei haben wir circa 25.367 Worte veröffentlicht.

Nicht zu vergessen: Geschätzt 237.000 Kalorien in Form von Schokolade, Traubenzucker und Ähnlichem wurden bei allen o.g. Aktivitäten benötigt.



Allen Planungen zur Zukunft des Offenbacher Hauptbahnhofes vorangestellt werden sollte sinnvollerweise ein Dialog mit den Verantwortlichen der Deutschen Bahn AG, um verlässliche Aussagen über die Möglichkeiten und gegebenenfalls Konditionen des Erwerbs bzw. der Anmietung zu erhalten. Ein positives Ergebnis dieses Dialoges ist die zwingende Voraussetzung für eine Fortsetzung der Planungsaktivitäten. Die CDU-Fraktion hatte in diesem Sinne einen Änderungsantrag gestellt. Dieser wurde von der Koalition abgelehnt. Es drohen somit noch weitere Planungskosten, denen die Grundlage fehlt.

Die Dimension der **Kostensteigerungen bei städtischen Bauprojekten** in Offenbach ist mehr als besorgniserregend. Das zeigt sich bereits beispielhaft an einer kleinen Auswahl von Projekten – und wir sprechen hier nur über das letzte Halbjahr und nur über den bekannten Steigerungsanteil aus diesem halben Jahr, nicht über die oftmals noch viel höheren Gesamtsteigerungen pro Projekt: Erschließung Hafen: 15,19 Mio. €, Kita Friedensstraße: 1,35 Mio. €, Geschwister-Scholl-Schule: 10 Mio. €, Edith-Stein-Schule: 2,25 Mio. €, Kaiserleikreisel: 8,7 Mio. €. Und das ist – wie erwähnt – nur eine kleine Auswahl an Projekten, um die Dramatik zu verdeutlichen.

Die genannten Summen schlugen sich in Magistratsvorlagen für das Stadtparlament zur Bereitstellung zusätzlicher Mittel oder Nachtragsvorlagen zum Haus-

halt nieder. Für die Stadtverordneten als Entscheidungsträger zeigte sich die Dimension der Kostensteigerungen erst zum Zeitpunkt der Veröffentlichung dieser Vorlagen. Nicht früher. Da es sich um wichtige Projekte handelt, blieb oft nur die Zustimmung zur Vorlage, ohne vertiefende Kontrollmöglichkeiten.

Die CDU-Fraktion hat diese nicht akzeptable Situation zum Anlass für einen Antrag genommen: Wir fordern vom Magistrat ein Kostenmonitoring städtischer Bauprojekte mit Berichtspflichten in den Ausschüssen im Fall von absehbaren Mehrkosten der Projekte über der zulässigen Toleranzgrenze. Gleiches gilt für den Fall der Verausgabung der Rücklagen für Unvorhergesehenes. Die Koalition lehnte auch diesen Antrag ab. Das ist fahrlässiges Handeln mit Blick auf die Finanzen der Stadt Offenbach!

Ich kann Sie auch im Namen meiner Fraktionskolleginnen und -kollegen nur bitten: Bleiben Sie kritisch. Und falls Sie mögen: Sprechen Sie uns bitte jederzeit gerne an, wenn Sie Fragen haben oder Ihnen etwas auf dem Herzen liegt. Gelegenheit dazu gibt es bei zahlreichen Begegnungen oder unter E-Mail: cdu-fraktion@offenbach.de bzw. Tel.: 069 – 8065 2067 (Fraktionsbüro)

Ihr
Roland Walter
Fraktionsvorsitzender

Jürgen Schoppel



Kim-Sarah Speer



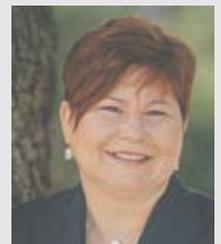
Tobias Grün



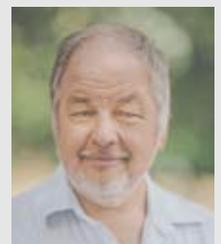
Rolf-Dieter Schmitz



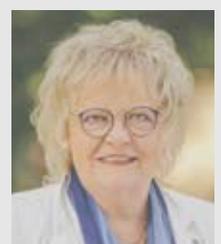
Michaela Makosz

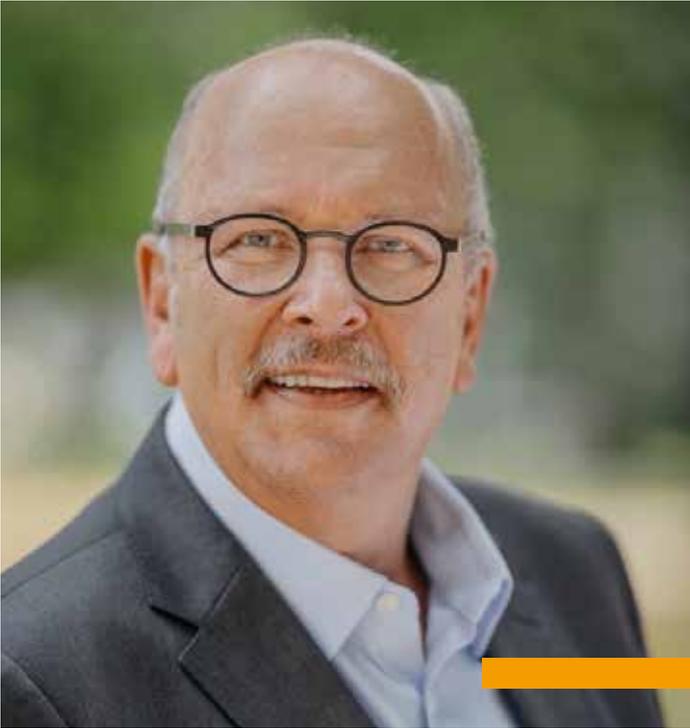


Michael Maier



Sieglinde Nöller





CDU-Mann Stefan Grüttner rückt für Norbert Kartmann in Hessischen Landtag nach

Ein bekannter Landespolitiker kehrt zurück nach Wiesbaden. Stefan Grüttner, sechsmal direkt gewählter Offenbacher Landtagsabgeordneter, ist seit Januar wieder Mitglied des Parlaments. Da Norbert Kartmann, direkt gewählter Kandidat der CDU aus der Wetterau, sein Mandat niedergelegt hat, rückt der 66-jährige Stefan Grüttner über die Landesliste nach.

Eigentlich hätte nach der Reihenfolge der Direktmandate Manfred Jördis aus Bad Nauheim für Norbert Kartmann nachrücken sollen. Doch da bereits in diesem Jahr neu gewählt wird, verzichtet der als Lehrer arbeitende Jördis auf das auf ein Jahr begrenzte Mandat.

Im Interview spricht Stefan Grüttner über seine neue Aufgabe und die bevorstehende Landtagswahl am 08. Oktober 2023.

Fragen an Stefan Grüttner:

Wie fühlt es sich für Sie an, nach den vier Jahren außerhalb Wiesbadens im Ruhestand zurück im politischen Amt zu sein? Haben Sie sich schon wieder daran gewöhnt?

An die Routine von Fraktions-, Ausschuss- und Parlamentssitzungen habe ich mich schnell wieder gewöhnt. Nach 24 Jahren im Landtag war dies eigentlich auch zu erwarten.

Ich habe auch in den letzten Jahren, in denen ich nicht im Parlament war, nicht den Kontakt zu Wiesbaden und der Fraktion verloren, war in dieser Zeit auch politisch aktiv. Mit Amt fühlt es sich an wie zuvor, aber mit dem Unterschied, besser Gehör zu finden.

Haben Sie Pläne für die Zeit nach Ihrer letzten Legislatur Periode im Hessischen Landtag?

Ich bin – und bleibe – eine politisch denkende und auch handelnde Person. Dabei konzentriere ich mich sehr auf das Feld der Gesundheitspolitik, nicht nur in meiner Zusammenarbeit mit der Kassenärztlichen Vereinigung in Hessen, als Vorsitzender der Gesundheitswirtschaft-Rhein-Main e.V., sondern auch in diversen Ausschüssen und bei verschiedenen Veranstaltungen.

Ihre Nachfolge im WK 43 steht bereits fest. Welchen Ratschlag würden Sie Kim-Sarah Speer für die anstehenden Aufgaben im Landtag mit auf den Weg geben?

Kim-Sarah Speer ist eine hervorragende Kandidatin, die viel politische Erfahrung trotz ihrer Jugend mitbringt. Deshalb weiß sie, dass Bodenhaftung, Pragmatismus, Nähe zu Wählerinnen und Wählern von großer Bedeutung sind. Mein Rat an sie, mache so weiter wie bisher.

Was wünschen Sie sich, was die Landtagskandidatin Kim-Sarah Speer für Offenbach im Landtag bewegen kann?

Kim-Sarah Speer soll und wird sich mit aller Kraft für Offenbach einsetzen. Besonders lege ich ihr jedoch nahe, sich für mehr Sicherheit, gute Bildung von der Kita an, Wirtschaftsansiedlung und Finanzhilfen einzusetzen und in diesen Bereichen erfolgreich zu sein.

**Ihr
Stefan Grüttner MdL**



Ampel-Koalition übernimmt keine Verantwortung

**Liebe Mitglieder der CDU Offenbach,
liebe Freunde,**

in den ersten Monaten des Jahres haben uns in der Bundespolitik auch weiterhin essentielle Themen wie der Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine und die Sicherstellung der Energiebereitstellung beschäftigt. Erst kürzlich hat sich am 24. Februar der Tag des Kriegseintritts zum ersten Mal gejäht. Der russische Angriff bringt unermessliches Leid über die Menschen in der Ukraine und fordert tagtäglich neben der Zerstörung vieler Städte und Landesteile unzählige Opfer. Zehntausende Menschen bezahlen bis heute mit ihrem Leben, Frauen und Kinder werden verschleppt, misshandelt und umerzogen. Wir dürfen uns an den Krieg, den Russland begonnen hat und stetig weiter eskaliert, nicht gewöhnen. Er bedeutet eine tiefe Zäsur in unserer Zeitgeschichte und ist ein Frontalangriff auf die europäische Friedensordnung. Wir müssen der Ukraine weiterhin helfen, sowohl humanitär und finanziell als eben auch militärisch. Je zügiger die Ukraine militärische Erfolge erzielt, desto besser wird ihre Verhandlungsposition und desto schneller endet der Krieg. Daher ist es fatal, dass die Bundesregierung bei der Unterstützung der Ukraine auch weiterhin zu zögerlich vorgeht und immer nur das Minimum dessen tut, was möglich und geboten wäre. Dem eigenen Maßstab der verkündeten „Zeitenwende“ und dem Anspruch eines vorausschauenden Handelns werden Bundeskanzler Scholz und die Ampel-Koalition jedenfalls nicht gerecht.

Auch mit Blick auf die Laufzeitverlängerung für die drei verbleibenden deutschen Kernkraftwerke ist die Bundesregierung über Monate hinweg einen Schlingerkurs gefahren und hat am Ende eine falsche Entscheidung getroffen. So sollen die letzten drei nuklearen Meiler am 15. April dieses Jahres vom Netz gehen.

Dieser unzureichende Minimalkonsens bringt zu wenig. Nicht nur verhindert er, die Strompreise genügend zu dämpfen und die Verbraucher zu entlasten. Er gibt zudem auch keine Antworten für den nächsten Winter. Der seitens der CDU/CSU-Bundestagsfraktion vorgelegte Gesetzentwurf hat dagegen eine angemessene Antwort auf die Energiekrise gefunden. Mit dem Papier wäre es beim Ausstieg aus der Kernenergie geblieben, die Laufzeiten wären aber bis Ende 2024 verlängert worden. Das hätte Versorgungssicherheit, sinkende Strompreise und das Einsparen von Millionen Tonnen CO₂ bedeutet. Die Ampel-Koalition hat den Antrag der Unionsfraktion aber abgelehnt und fährt nun lieber wieder Kohlekraftwerke hoch.

In den sitzungsfreien Wochen des Parlamentes bin ich auch weiterhin in Stadt und Kreis Offenbach unterwegs, um Termine wahrzunehmen, bei Wahlkämpfen zu unterstützen, Veranstaltungen zu besuchen und mich mit den Menschen vor Ort auszutauschen. Auch in Offenbach nehme ich immer wieder wichtige Impulse für meine Arbeit in Berlin auf, beispielsweise im Rahmen meiner regelmäßigen Bürgersprechstunden oder beim jüngsten Besuch des Müllheizkraftwerks der Energieversorgung Offenbach.

Abschließend freue ich mich auf viele weitere Begegnungen mit Ihnen und Euch vor Ort in Offenbach. Sehr gerne stehe ich auch weiterhin jederzeit zur Verfügung und bin für Sie und für Euch immer ansprechbar und erreichbar.

Einen schönen Frühling wünscht

**Ihr
Björn Simon MdB**



Es ist für Zeit für eine neue Folge des Podcasts JETZT MAL HESSEN. Im März durfte ich zu Gast sein. Viel Spaß beim Zuhören!

Wo Sie den Podcast hören können? Über Spotify und Apple Podcasts.



Kim-Sarah Speer

Geboren am 02. August 1993 in Offenbach am Main

Aufgewachsen bin ich gemeinsam mit meiner Schwester in Offenbach-Bieber. Nach meinem Abitur an der Rudolf-Koch-Schule in Offenbach, habe ich mit dem Studium der Rechtswissenschaft mit dem Schwerpunkt Steuerrecht sowie Kapital- und Gesellschaftsrecht begonnen. Bereits neben dem Studium war ich im Büro des hessischen Generalsekretärs Manfred Pentz MdL tätig und somit nahe an der Wiesbadener Landespolitik.

„Zukunft braucht Tatendrang und Ungeduld“

Politisch bin ich auf den verschiedenen Ebenen aktiv. Nach meinem Eintritt in die CDU und in die Junge Union war ich zunächst im Kreisvorstand der JU Offenbach aktiv. Seit 2020 bin ich nun Kreisvorsitzende der Jungen Union Offenbach und wir setzen Akzente zu den aktuellen Themen in Offenbach. Besonders nehmen wir dort die Themen der jungen Menschen in den Blick.

Stellvertretende Kreisvorsitzende der CDU Offenbach bin ich seit dem letzten Jahr sowie seit 2021 Referentin im Landesvorstand der Jungen Union Hessen. Mit meinem Referat für Inneres und Sport konnte ich den politischen Themenschwerpunkt, der mir sehr am Herzen liegt, vertiefen. Obgleich sich die Sicherheitslage in den vergangenen Jahren kontinuierlich verbessert hat und die Anzahl der Polizei bis 2025 auf 16.000 Polizistinnen und Polizisten wachsen wird, gibt es noch Verbesserungsbedarf bei der Beschaffung von Tasern, bei der Videoüberwachung auf öffentlichen Plätzen und dem subjektiven Sicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger. Sehr gefreut hat es mich, dass ich ab sofort in der JU-Bundeskommision für Innenpolitik und Justiz mit-

arbeiten darf. Damit ist es mir möglich die Themen auf den verschiedenen Ebenen weiter zu verbinden und sich mit noch mehr Mitgliedern, welche im Bereich der Innenpolitik thematisch aktiv sind, vernetzen zu können.

Seit 2018 bin ich außerdem Stadtverordnete in Offenbach (Ausschuss für Soziales und Integration) und seit letztem Jahr Mitglied des Landesvorstandes der CDU Hessen.

Mit der Landtagswahl am 08. Oktober stehen große Herausforderungen an. Gerne möchte ich, gemeinsam mit der CDU Offenbach, dafür kämpfen, dass wir das Direktmandat im Wahlkreis 43 Offenbach-Stadt gewinnen.





Andreas Bruszynski

Sie, als Offenbacherinnen und Offenbacher, wählen am 17.09.2023 eine neue Oberbürgermeisterin oder einen neuen Oberbürgermeister. Die CDU Offenbach-Stadt hat mich mit 98 % ihrer Stimmen zu ihrem Kandidaten gewählt. Diese Nominierung in meiner Heimatstadt, in der ich seit meiner Geburt 1963 lebe und beruflich wirke, habe ich mit großer Freude und großem Stolz angenommen.

Ich bin verheiratet, habe eine jetzt 13-jährige Tochter, die das Leibniz-Gymnasium besucht und lebe mit meiner Familie nahe des Bieberer Berges am Rande des wunderschönen Leonard-Eißnert-Parks.

In Offenbach arbeite ich, seit meinem zweiten juristischen Staatsexamen 1995, als Rechtsanwalt mit eigener Kanzlei und bin seit 2019 Geschäftsführer der CDU-Stadtverordnetenfraktion. Seit über 40 Jahren Mitglied der Union und aktuell deren Kreisvorsitzender, kenne ich die hiesige Kommunalpolitik somit hauptberuflich, aber auch als langjähriges Mitglied des CDU-Fraktionsvorstandes in der Stadtverordnetenversammlung, aus der Perspektive des engagierten Bürgers. Aus diesem Grunde bin ich überzeugt, für Sie, die Offenbacherinnen und Offenbacher, eine echte Alternative zum gegenwärtigen Amtsinhaber zu sein.

In der Koalition zwischen CDU, B90/Grüne, FDP und FW, wurde sehr viel Positives bewirkt und unsere Stadt deutlich vorangebracht. Unter CDU Kämmerer Peter Freier wurde ein konsequenter Konsolidierungskurs eingeschlagen. Dies und die Inanspruchnahme der kommunalen Entschuldungsprogramme der CDU-geführten Landesregierung führten dazu, die Pro-Kopf-Verschuldungen der Offenbacher Bürgerinnen und Bürger, um über 50 % abbauen zu können. Von 2019 bis 2021 wurden nicht nur ausnahmslos ausgeglichene Haushalte vorgelegt, vielmehr konnte unter unserer Verantwortung eine Rücklage in dreistelliger Millionenhöhe gebildet werden. Ich meine, so sieht verantwortungsvolles Handeln

für unser Offenbach aus. Noch 2015 lag das Defizit unter dem damaligen SPD Kämmerer dagegen bei 37,5 Millionen Euro. Der von uns eingeschlagene Kurs wurde seit der Kommunalwahl 2021 wieder verlassen. Schon bedienen sich die jetzigen Mehrheiten im Rathaus der Rücklagen, um einen genehmigungsfähigen Haushalt vorzulegen. Ich bin der Auffassung, so riskiert die derzeitige Mehrheit im Rathaus in der Zukunft notwendige Investitionen, z.B. für Schulsanierungen und Schulneubauten.

Als Mitglied der derzeitigen Koalition kommentiert der Oberbürgermeister diese Fehlentwicklung nicht. Ein CDU-Oberbürgermeister könnte hier als Stimme der Vernunft einer unsoliden Haushaltsführung mit seinem Widerspruch entgegenwirken.

Dieses Widerspruchs hätte es in den beiden letzten Jahren häufiger bedurft. Streichung der Buslinie 106 als Andienung mehrerer Pflegeheime, statt den defizitären ÖPNV insgesamt stärker an die Bedürfnisse der Menschen anzupassen, immense Kostensteigerungen bei der Planung städtischer Bauvorhaben oder nicht zielführende Maßnahmen zur Belebung der Innenstadt sind Ausweis falscher Entscheidungen. Alleine die geplante Verlegung der Stadtbibliothek aus einer stadt-eigenen Immobilie in eine angemietete Gewerbefläche wird den Haushalt künftig mit 1 Million Euro zusätzlicher Mietkosten belasten.

Mittel, die an anderer Stelle dringend benötigt würden. Großen Handlungsbedarf sehe ich im Erhalt der Verkehrsinfrastruktur. Dem schlechten Zustand nicht nur der Straßen, sondern auch der Gehwege muss entschieden entgegengewirkt werden. Dies dient nicht nur dem Autoverkehr. Auch Radfahrer und Fußgänger sind, insbesondere bei schlechter Witterung, großen Gefahren ausgesetzt. Während der Stadtservice der Stadtwerke Offenbach (ESO) eine Aufstockung der Mittel auf 2 Millionen Euro jährlich als erforderlich ansieht, kürzt die Rathauskoalition die vorhandenen Mittel um ein Drittel. Immer wieder zeigt sich bei der von der SPD geführten Koalition, sei es bei den Straßen oder dem ÖPNV, dass Kommunalpolitik ideologisch ausgerichtet ist, anstatt die Bedürfnisse der Offenbacherinnen und Offenbacher ins Zentrum des Handelns zu rücken.

In den kommenden Wochen und Monaten werde ich Ihnen meine Ideen für unser Offenbach in unserem regelmäßigen Newsletter, aber auch in unserem Journal „Offenbach aktuell“ vorstellen.

Lernen Sie mich persönlich kennen, auf den vielen Veranstaltungen, die es in den kommenden Monaten von uns zur Offenbacher Kommunalpolitik geben wird oder auch bei Ereignissen der Offenbacher Stadtgesellschaft. Laden Sie mich zu Sitzungen Ihrer Vereine, Vereinigungen, ehrenamtlichen Einrichtungen oder auch privaten Zusammenkünften ein, wenn Sie Fragen an mich haben und meine Sicht auf unser Offenbach kennenlernen möchten.

Bis bald
Ihr Andreas Bruszynski

CDU kritisiert die erhöhte Gewinnentnahme der Stadt Offenbach aus der EVO

Die CDU Offenbach kritisiert, dass sich die Stadt Offenbach die Gewinnausschüttung aus der EVO erhöht hat und nimmt dabei Bezug auf die veröffentlichten Jahresergebnisse.

„In den vergangenen Jahren war es immer parteiübergreifend Konsens, dass die Gesellschafter der SOH jeweils 8 Millionen Euro als Gewinnentnahme bekommen. Dazu kommt der Teil für die Mitarbeiter. Jetzt wird diese Ausschüttung auf 2 x 10,7 Millionen Euro (Offenbach und Mannheim, sowie 700 TEUR an die Mitarbeiter) erhöht, um mit diesen Mehrentnahmen offenbar das Defizit der SOH-Gruppe aus dem Offenbacher ÖPNV zusätzlich zu subventionieren,“ so der CDU Kreisvorsitzende Andreas Bruszynski.

Er ergänzt: „Der Gewinn der EVO wird aber dringend gebraucht, um die beschlossenen Großinvestitionen „Zukunft Wärme“, „110 kV“ usw. in einer Höhe von 400 Mio. Euro mit Eigenkapital zu unterlegen. Da wird jede Million dringend notwendig sein, wenn man von einem Drittel Eigenkapitalbedarf ausgehen muss, zudem sich ja auch am Kapitalmarkt die Zinssituation verändert. Aber selbst, wenn man auf die Idee käme, dass die EVO auf einen höheren Teil des Jahresüberschusses verzichten kann, dann steht dieser nach Meinung der CDU Offenbach zuallererst den Kunden der EVO zu. Man hätte hiermit dann auch Tarife stützen oder vergünstigen können.“

Es ist typisches Verhalten der derzeit verantwortlichen Politiker, immer erst andere zahlen zu lassen – die gut wirtschaften wie die EVO – seine eigenen Anstrengungen aber nicht zu erhöhen. Stattdessen steigt das Defizit des Offenbacher ÖPNV in dramatische Höhen, ohne auf ideologische Spielwiesen zu verzichten.

„Hätten die hauptamtlichen Magistratsmitglieder im EVO-Aufsichtsrat angesichts des erheblichen Finanzbedarfs der EVO nicht sogar ausdrücklich einer Mehrentnahme widersprechen



müssen? Nachvollziehbar ist diese Entscheidung am Ende nicht. Wir erwarten, dass man für das Geschäftsjahr 2023 wieder zu den 16 Millionen Euro Ausschüttung zurückkehrt“, so Bruszynski abschließend.



CDU möchte das Angebot an Schwimmkursen in Offenbach erweitern!

„Mit Sorge ist festzustellen, dass die Zahl an Nichtschwimmern in Deutschland deutlich gestiegen ist. 2021 sind 299 Menschen bei Badeunfällen ums Leben gekommen. Im vergangenen Jahr wurde diese Zahl bereits Ende August erreicht. Ursache für Unglücksfälle ist allzu oft fehlendes Schwimmvermögen“, erklärt die CDU-Stadtverordnete und Mitglied im Sozialausschuss Kim Sarah Speer. Infolge der Corona-Pandemie haben Schwimmkurse 2 Jahre nicht oder nicht vollständig stattfinden können. Das betrifft 1, 5 Mio. Kinder in Deutschland. Der DLRG warnt vor einer Welle von Nichtschwimmern, die nicht mehr zu bewältigen ist. Ca. 60 % der Grundschulkinder sind noch keine sicheren Schwimmer. Die Zahl der Nichtschwimmer in der Altersgruppe zwischen 6 und 10 Jahren hat sich verdoppelt. Hierbei sind besonders Kinder aus ärmeren Familien betroffen. Eine vom DLRG beauftragte Umfrage zeigte deutlich auf, dass Jungen und Mädchen in Familien mit einem geringen Haushaltseinkommen viel häufiger Nichtschwimmer sind. Die Hälfte (49%) der Kinder aus Haushalten mit einem monatlichen Nettoeinkommen unter 2.500 Euro kann nicht schwimmen. <https://www.dlrg.de/informieren/die-dlrg/presse/schwimmfaehigkeit/>.

„Schwimmen zu können darf aber keine Frage des Einkommens sein, denn Schwimmen zu können heißt konkret das eigene Leben zu retten zu können“, betont die Stadtverordnete. Daher hat die CDU-Fraktion einen Antrag in die Stadtverordnetenversammlung eingebracht, nach dem ein Hearing durchgeführt werden soll, zu dem Vertreterinnen und Vertreter der Schulen, der Schwimmvereine, des DLRG, privater Schwimmschulen und Fachleute eingeladen werden, um den derzeitigen Leistungsstand von Kindern und Jugendlichen zu ermitteln und Perspektiven zu erarbeiten, durch die das Angebot an Schwimmkursen – innerschulisch und auch in der Freizeit - für Kinder und Jugendliche, aber auch für Erwachsene erweitert werden kann. „Ziel soll dabei sein, allen Bürgerinnen und Bürgern in Offenbach, deren Schwimmvermögen noch unzureichend ist, die Teilnahme an entsprechenden Kursen zu ermöglichen und eine höchstmögliche Nutzung zu erreichen“, so Speer abschließend.

Vergangene Veranstaltungen und Eindrücke der letzten Monate

- Tulpenaktion am Valentinstag auf dem Wilhelmsplatz
- Faschingsitzung der IGBiF e.V. Verteilung Kreppel-Tüten der Seniorensitzung
- Schwarzbieranstich der CDU Obertshausen

Zusammen haben unsere Landtagskandidatin Kim-Sarah Speer und unser Oberbürgermeisterkandidat Andreas Bruszynski am Valentinstag auf dem Markt am Wilhelmsplatz Tulpen verteilt. Die 300 verteilten Tulpen wurden hier direkt auf dem Wochenmarkt am Stand von Blumen Palumbo gekauft.



Bei der Seniorenfastnacht in der Stadthalle Offenbach überreichten unsere beiden Kandidaten den Besucherinnen und Besuchern eine süße Überraschung. Nach Ende der Veranstaltung gab es für jeden eine Kreppel-Tüte.

Neben den zwei Verteilaktionen ließen sich die beiden nicht nehmen an verschiedenen Offenbacher Karnevalssitzungen teilzunehmen, sowie bereits verschiedene erste Wahltermine im Wahlkreis Offenbach-Stadt zu besuchen.



CDU fordert Kostentransparenz beim Kaiserlei-Umbau!

Nach Abschluss des Kaiserlei-Umbaus besteht noch immer keiner Klarheit zu den Gesamtkosten und dem von der Stadt Offenbach zu tragenden Kostenanteil. Klar ist nur, dass der Umbau doppelt so lange gedauert als geplant hat und nahezu doppelt so teuer geworden ist, betont der CDU-Fraktionsvorsitzende Roland Walter.

„Ursprünglich war mit einem Gesamtkostenvolumen in Höhe von 37 Mio. € geplant worden, ehe im Sommer 2018 das Budget auf 41 Mio. € angehoben wurde. Im Frühjahr 2020 wurde mit weiteren 11,5 Mio. € und Gesamtkosten in Höhe von 52,5 Mio. € geplant. Im Februar dieses Jahres wurden 60 Mio. € Baukosten kommuniziert, ehe nunmehr der zuständige Dezernent der Presse gegenüber mitgeteilt hat, man gehe derzeit von 67 Mio. € aus, von denen 8,7 Mio. € die Stadt Frankfurt, 25,5 Mio. € das Land und 11,2 Mio. € der Bund trägt, so dass rechnerisch ein Anteil in Höhe von 21,6 Mio. € bei der Stadt Offenbach verbliebe“, erläutert Walter. Mit einer Änderungsliste zur Planung des Finanzhaushaltes 2023 vom 28.11.2022 wurden für den Umbau Kaiserleikreisel dann auch 8,7 Mio. € zusätzlich in den Haushalt eingestellt, da von einer Erhöhung der Gesamtkosten auf 70,7 Mio. € ausgegangen werde.

„Besonders irritierend ist, dass der erneute Kostensprung quasi auf den letzten Drücker durch eine Änderungsliste in den Haushalt eingebracht wurde, nachdem sich die Ampel-Koalition noch mit einer am 07.11.2022 veröffentlichten Pressemitteilung für das positive Haushaltsergebnis in Höhe von 6,5 Mio. € feiern ließ, von dem nichts mehr übrig geblieben ist“, betont Walter. Wir haben daher eine Anfrage an den Magistrat gerichtet, mit der wir nun endlich Klarheit über die tatsächlichen Kosten haben wollen, da der zuständige Dezernent Paul-Gerhard Weiß (FDP) hier ständig neue Gesamtkosten kommuniziert. Das geschieht offenbar auch so überraschend für die Koalitionspartner, dass selbst die Fraktionsvorsitzende Dr. Sybille Schumann (B90/Grüne) in der Haushaltssitzung von völlig unzutreffenden Gesamtkosten in Höhe von 62 Mio. € ausgegangen ist. „Man sieht hier deutlich, dass es sogar innerhalb der Ampel-Koalition an hinreichender Transparenz hinsichtlich der geradezu galoppierenden Baukostensteigerungen bei städtischen Bauvorhaben fehlt“, so der CDU-Fraktionsvorsitzende weiter.

„Letztlich rächt sich, dass nach den persönlich geführten Verhandlungen durch den damaligen Offenbacher Oberbürgermeister Horst Schneider (SPD), der Frankfurter Anteil gedeckelt wurde, die Fördermittel auch fix waren und die Stadt Offenbach die Mehrkosten zu tragen hat. Die CDU hat gerade dieses Ergebnis seiner Verhandlungen stets kritisiert. Heute zeigt sich, dass wir leider Recht behalten haben“, betont Walter abschließend.

Gemeinsame Streifen der Stadt- und Landespolizei Offenbach

Ab 1. April 2023 werden Stadt- und Landespolizei in Offenbach gemeinsam Streife gehen, um die Sicherheit in der Stadt zu erhöhen. Die Vereinbarung zwischen der Stadt Offenbach und dem Land Hessen ‚gemeinsame Streifen aus Bediensteten der Stadtpolizei und Beamten des Polizeireviers Offenbach vor allem in der Innenstadt einzusetzen, soll Kriminalitätsbekämpfung und -prävention vor Ort weiter vorantreiben. „Durch die vermehrte Bestreifung in der Stadt wird die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger erhöht und gleichzeitig das subjektive Sicherheitsgefühl gestärkt. Die Beamtinnen und Beamten sind vor Ort, sichtbar und direkt ansprechbar. Die Sicherheit hat höchsten Stellenwert“, so die CDU Landtagskandidatin Kim-Sarah Speer.

MEHR SICHERHEIT IN OFFENBACH

Die Sicherheitsstruktur in der Stadt stützt sich außerdem auf viele weitere Maßnahmen der Polizei, darunter zahlreiche Beamtinnen und Beamten von der Direktion Verkehrssicherheit und Sonderdienste, den operativen Einheiten sowie regelmäßig Unterstützungskräfte der Bereitschaftspolizei. „Mit dem PP Südosthessen haben wir unweit das modernste Polizeipräsidium Europas. Es ist klug, dass wir an der Stadtwache eine „Stallwache“ einsetzen und damit den Servicegedanken stärken. Außerdem sollte man darüber nachdenken, ob Offenbach der Initiative „Kompass“ beitrifft. Damit könnte die Sicherheitsarchitektur Offenbachs individuell weiterentwickelt werden“, so Kim-Sarah Speer weiter. Die Stadt Offenbach weist für das Jahr 2022 mit 9.373 registrierten Straftaten den zweitniedrigsten Wert seit Gründung des Polizeipräsidiums Südosthessen im Jahre 2001 auf.



Foto: Marius Hegmann

Termine

31. März 2023	„CDU hört zu“ in Bieber, 17 Uhr Café Creme
08. April 2023	Verteilung von Ostergrüßen in der Innenstadt, 10 Uhr bis 14 Uhr
17. April 2023	Vorstandssitzung der Jungen Union Offenbach, 19.30 Uhr online
19. April 2023	Kreisvorstand der CDU Offenbach, 19 Uhr
27. April 2023	“Auf einen Schoppen mit Andreas”, 18 Uhr Café am Rathaus (Thema: Innenstadtentwicklung)
28. April 2023	Besichtigung des DFB in Frankfurt (JU), 16 Uhr Frankfurt
4. Mai 2023	Sitzung der Senioren Union Offenbach, 15 Uhr Else-Hermann-Saal
05. Mai 2023	Frühlingsgrillen der CDU Bieber auf dem Ostendplatz, 17 Uhr bis 20 Uhr



Ihre Ansprechpartner

CDU OFFENBACH

☎ 069 811 534
✉ post@cdu-offenbach.de
🌐 www.cdu-offenbach

CDU FRAKTION OFFENBACH

☎ 069 80 65 21 48
✉ cdu-fraktion@offenbach.de
🌐 www.cdu-offenbach

STEFAN GRÜTTNER MdL

☎ 069 811 534
✉ stefan-gruettner@cdu-offenbach.de
🌐 www.cdu-offenbach

BJÖRN SIMON MdB

☎ 030 227 770 45
✉ bjoern.simon@bundestag.de
🌐 www.bjoern-simon.de

KIM-SARAH SPEER

🌐 www.kimsarah-speer.de
✉ kimsarah.speer@cdu-offenbach.de
📷 [kim_srh_](#)

ANDREAS BRUSZYNSKI

🌐 www.cdu-offenbach
✉ andreas.bruszynski@cdu-offenbach.de
📷 [bruszynski](#)



IMPRESSUM

CDU OFFENBACH
Andreas Bruszynski
Waldemar-Klein-Platz 1
63071 Offenbach am Main

Telefon: (069) 811534
Fax: (069) 8004667
E-Mail: post@cdu-offenbach.de

www.cdu-offenbach.de
www.facebook.com/CDUOffenbach
instagram: cdu_offenbach